



'Europäisierung' –  
Begriff, Idee und Verwendung  
im interdisziplinären Diskurs  
Helga Schubert (Hrsg.)

forost Arbeitspapier Nr. 38  
Dezember 2006

Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (*forost*)

Redaktion: Helga Schubert

ISBN 3-9810703-2-1

978-3-9810703-2-3

ISSN 1613-0332

*forost* wird gefördert vom

Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

© *forost, München*

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Forschungsverbunds Ost- und Südosteuropa ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Geschäftsstelle gestattet.

## 'Europäisierung' und Vergabe von EU-Mitteln: Das Beispiel bulgarischer Unternehmen

*Ivanka Petrova, Sofia / Klaus Roth, München*

Der Forschungsantrag unseres Projekts war u.a. von der Frage ausgegangen, ob Griechenland den Entwicklungspfad für Bulgarien und Rumänien, die beiden nächsten EU-Mitglieder, vorzeichnet. Auch nach einem Vierteljahrhundert EU-Zugehörigkeit wird in Griechenland das Bild bestimmt durch eine ausgeprägte 'Mitnahme-Mentalität' bei gleichzeitiger innerer Ablehnung von Vorschriften und zentralen Werten der EU, wie mehrere griechische Soziologen und Ethnologen festgestellt haben<sup>1</sup>. Die Gemeinsamkeiten der südosteuropäischen Länder sind in der Tat offenkundig. Durch Jahrhunderte des Autonomieverlusts durch die osmanische Fremdherrschaft ist der Staat in keinem der Länder eine *res publica*, eine Angelegenheit zivilgesellschaftlich organisierter Bürger, sondern eine feindliche Macht, der zutiefst misstraut wird und deren Gesetze zu umgehen als legitim gilt. Er ist, und hierhin liegt eine der Paradoxien Südosteuropas, zugleich aber auch jene Institution, von der man jede Form von paternalistischer Fürsorge und Hilfe erwartet.

Die 'Europäizität' selbst der pro-westlich Orientierten ist, so stand aufgrund der griechischen Erfahrung zu vermuten, zum guten Teil eine nur oberflächlich-symbolische, denn gegen einen wirklichen Wandel in Richtung auf die in der EU vorherrschenden Werte und Normen bestehen erhebliche Vorbehalte. Wesentliche Teile der habitualisierten Denkmuster und Verhaltensweisen sind zu integralen Bestandteilen der eigenen Identität geworden: Unverändert groß ist, so hatten unsere Forschungen in Forost II ergeben, beispielsweise die Macht enger sozialer Netzwerke, der Familienbindungen und des personalisierten Vertrauens sowie die Distanz zu zivilgesellschaftlichen Handlungs- und Denkweisen<sup>2</sup>. In Bulgarien und Rumänien wurde zudem durch fast ein halbes Jahrhundert Realsozialismus nicht nur die Bereitschaft verstärkt, Gesetze listig zu umgehen und den

---

<sup>1</sup> S. Lauth-Bacas, Jutta 2004: Greek Attitudes towards EU Inclusion: Controversial Discourses of Belonging. In: *Ethnologia Balkanica* 8: 7-21; Koliopoulos, John, Thanos Veremis 2002: Greece. The Modern Sequel: From 1831 to the Present. London: Hurst; Tsoukalas, Constantine 1995: Free Riders in Wonderland; or, Of Greeks in Greece. In: Dimitri Conostas, Theofanis Stavrou (Hg.), Greece Prepares for the Twenty-First Century. Washington, D.C: Woodrow Wilson Center Press, 191-219...

<sup>2</sup> Vgl. K. Roth 2005: Soziale Netzwerke und Vertrauen in den Transformationsländern: Wandel der Formen und Funktionen. In: Jörg Maier (Hg.), Die Rolle von Vertrauen in Unternehmensplanung und Regionalentwicklung - ein interdisziplinärer Diskurs. München, 7-12 (= Forost Arbeitspapiere 27); ders. 2005: Institutionelles und persönliches Vertrauen. Südosteuropa auf dem schwierigen Weg in die Europäische Union. In: M. Daxner u.a. (Hg.), Bilanz Balkan. Wien, München 2005, 47-51

Staat zu "domestizieren"<sup>3</sup>, sondern auch in großem Maße "Beziehungen" zum Nachteil Dritter oder der Gesellschaft bzw. des Staates einzusetzen. In der post-sozialistischen Periode ist die "kleine Korruption"<sup>4</sup> ebenso weiterhin integraler Bestandteil des Alltagshandelns wie die "große Korruption" die staatlichen Institutionen lähmt<sup>5</sup>. Dies alles sind nicht unbedingt ideale Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft, beruht doch die EU prinzipiell auf dem Konzept der Zivilgesellschaft, auf Rechtsstaatlichkeit und auf einem starken institutionellen Vertrauen.

In unserem Teilprojekt ist also zu untersuchen, ob die 'Europäisierung', heute verstanden als die Anpassung an die Werte, Normen und Regeln der EU, lediglich gewisse äußere Verhaltensformen tangiert, also nur eine 'Fassaden-Europäisierung' ist, oder ob sie auch tiefer liegende Wertvorstellungen, Denkweisen und Verhaltensformen erreicht. Zu fragen ist also auch, ob etwa die "Kultur des öffentlichen Misstrauens" und des z.T. extremen Familienegoismus schwächer wird und die Bereitschaft gerade auch in den Institutionen wächst, sich unparteiisch und uneigennützig für das Allgemeinwohl einzusetzen.

Im Folgenden sollen einige Ergebnisse unserer empirischen Forschungen in Bulgarien vorgestellt werden. Es sind nicht allzu ermutigende Ergebnisse aus einem Land, das, wenn auch mit Auflagen<sup>6</sup>, am 1. Januar 2007 Mitglied der EU sein wird. Es ist dies eine Tatsache, die zunehmend den Diskurs in der bulgarischen Öffentlichkeit wie besonders auch in den Unternehmen beherrscht<sup>7</sup>. Dabei stehen, wie zu erwarten, jene attraktiven Angebote im Vordergrund, die mit der Sicherung von Mitteln aus den EU-Fonds und mit dem Gewinnen von Aufträgen und Konzessionen verbunden sind. Aus dem Strukturfonds und dem Kohäsionsfond der EU werden für 2007-2013 insgesamt 11,1 Milliarden Euro erwartet. Die Finanzierung aus EU-Mitteln ist für Bulgarien inzwischen nicht mehr neu, sie begann bereits nach dem Erreichen des Kandidaten-Status im Jahr 2000 mit den drei Vor-Beitritts-Programmen SAPARD, PHARE und ISPA. Bulgarische Unternehmer können seither Fördermittel erhalten, die aus Mitteln eines der drei Programme sowie auch des jeweiligen Ministeriums bestehen. Die Unternehmen müssen allerdings, und hier liegt ein massives Problemfeld, für die von einem Ministerium ausgeschriebenen Projekte jeweils einen Wettbewerb gewonnen haben.

Seit März 2006 wird in den Medien darüber berichtet, welches bulgarische Modell für die erfolgreiche Vergabe und Verwendung der EU-Gelder entwickelt werden

---

<sup>3</sup> Vgl. Creed, Gerald 1998: Domesticating Revolution. From socialist reform to ambivalent transition in a Bulgarian village. University Park, Pa.: Pennsylvania State UP.

<sup>4</sup> S. Benovska-Säbkova, Milena 2005: Ist die "kleine Korruption" wirklich klein? In: K. Roth (Hg.), Sozialismus; Realitäten und Illusionen. Ethnologische Aspekte der sozialistischen Alltagskultur. Wien: Institut für Europäische Ethnologie, 105-118.

<sup>5</sup> S. den "Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens" (KOM [2006] 549) der EU-Kommission vom 26.9.2006, der sich ganz wesentlich mit der mangelhaften Korruptionsbekämpfung in beiden Ländern befasst..

<sup>6</sup> S. dazu den Monitoring-Bericht der EU Kommission vom 26.9.2006, S. 7-10.

<sup>7</sup> In der bulgarischen Presse erscheinen seit Anfang 2006 mit zunehmender Häufigkeit kritische Berichte zum Thema Korruption von höheren Beamten in Ministerien, der Staatsverwaltung und Staatsfirmen.

soll. Diese Frage ist noch nicht generell beantwortet worden, auch nicht vom Finanzminister Plamen Orescharski, dem nationalen Koordinator für EU-Beihilfen. Auf das Fehlen eines bulgarischen oder eines entlehnten Modells für die Mittelverwendung wurde im Bericht der Eurokommissare vom 16. Mai 2006 vor dem Europaparlament ausdrücklich hingewiesen. Als eines der sechs sog. "Roten Felder" (d. h. beunruhigenden Felder) wurde im Bericht die geringe Verwaltungskapazität hervorgehoben, d. h. das Fehlen der Fähigkeit und Bereitschaft in der bulgarischen Verwaltung, ab 2007 die Vergabe und Verwendung der Mittel aus den EU-Fonds zu steuern. Vor dem Hintergrund dieses Berichts hat der Europäische Rechnungshof etwa einen Monat später in Bulgarien ernsthafte Versäumnisse bei der Vergabe der Gelder aus dem PHARE-Programm festgestellt. Der Rechnungshof legte am 20. Juni 2006 der Haushaltskommission und der Haushaltskontrollkommission im Europaparlament einen Bericht vor, in dem er Vorwürfe wegen der ineffektiven Verwendung der Mittel erhob und konkrete Beispiele für die verantwortungslose Vergabe und das fehlerhafte Management von Projekten gab<sup>8</sup>.

Anfang Mai 2006 legte Jani Janev, Abgeordneter der oppositionellen Koalition "Vereinigte Demokratische Kräfte" (ODS), eine Liste von Firmen vor, die der "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (DPS), einer der Regierungsparteien, sehr nahe stehen und deren Projekte problemlos die Finanzierung durch das SAPARD-Programm gewonnen haben. Einige Wochen später wurden vom Innenministerium Hinweise auf Korruption bei der Vergabe von Mitteln aus demselben Programm gegeben, wobei es sich wieder um Projekte des Landwirtschaftsministeriums handelt, das von der DPS kontrolliert wird.

Die Vorwürfe scheinen begründet zu sein, wie das Aufdecken zahlreicher Fälle durch die Presse zeigt. So berichtet die Tageszeitung *Monitor* am 25.8.2006 von dem Fall eines Unternehmers, der 5,1 Millionen Leva (2,5 Mio Euro) aus dem SAPARD-Programm beantragt hatte und von hohen Angestellten der SAPARD-Agentur telefonisch aufgefordert worden war, 10% der Summe an die Angestellten "abzuzweigen"; als er sich weigerte, wurde sein Antrag unter fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Das Beispiel steht, so die Zeitung, für zahllose andere, so dass die Unternehmer über ihren Verband eine Gegenaktion planen<sup>9</sup>. Die gleichen Vorwürfe wurden auch in der Titelgeschichte der Wochenzeitung *Banker*<sup>10</sup> erhoben, die mit mehreren konkreten Beispielen die völlige Willkür und den Eigennutz der Verantwortlichen belegt: Ein Touristikunternehmer aus Bansko beklagt "Beamtenerschleichung auf dem Weg zu den EU-Beihilfen". Nachdem ihm die Finanzierung zugesagt worden war, hatte er einen Bankkredit aufgenommen und die Baumaßnahmen durchgeführt; bei der Bauabnahme wurden jedoch triviale Abweichungen vom Plan festgestellt und die Zahlung der Summe verweigert, wobei ihm zu verstehen gegeben wurde, dass er über "Beziehungen" und eine wesentliche Geldzahlung die Genehmigung erhalten könne; er lehnte dieses "Angebot"

<sup>8</sup> S. Süddeutsche Zeitung vom 22.6.2006.

<sup>9</sup> Vgl. auch den Bericht von A. Nenkova in "Fokus Ost-Südost" der Deutschen Welle vom 21.4.2006

<sup>10</sup> vom 12.-18.8.2006 (Vtora seč na proekti po SAPARD [Zweites Blutbad in SAPARD-Projekten]).

jedoch ab. Ein Imker, der die Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums für ein Imkerei-Projekt erhalten hatte, zahlte den Beamten 7000 Leva Schmiergeld sowie 10% für Beraterdienstleistungen und nahm einen Bankkredit auf. Auch ihm wurde unter fadenscheinigen Gründen die Auszahlung der SAPARD-Mittel verweigert. Seit Anfang des SAPARD-Programms wurden, so der Bericht, insgesamt mehr als 285 bewilligten Projekten wegen angeblicher "Nichtübereinstimmung mit dem Plan" die Auszahlung der Mittel verweigert. Zwölf der Unternehmer, denen die Beihilfen abgelehnt worden waren, schrieben einen Brief an den Landwirtschaftsminister, in dem sie das Schema der Korruption in der für SAPARD zuständigen Abteilung genau beschrieben. Zugleich führten sie auch den Namen eines Besitzers von zwei Beraterfirmen an, der ein Verwandter des Stellvertretenden Direktors des Landwirtschaftsfonds ist, und deuteten damit eine für Bulgarien übliche Strategie an, nämlich die Vergabe von Fördergeldern an Verwandte. So hat z. B. eine Überprüfung der Tätigkeit eines kommunalen Unternehmens in Sofia ergeben, dass der Direktor hohe Summen an die Privatfirma seiner Ehefrau umgelenkt hat<sup>11</sup>.

Eine weitere Problematik ergibt sich aus der Zentralisierung der Vergabe und damit der Entscheidungsbefugnisse auf die Hauptstadt, was in abgelegenen Regionen wie etwa der Dobrudža in Nordostbulgarien das Misstrauen gegenüber der Hauptstadt und dem Staat noch wesentlich erhöht, wie der Ethnologe Christian Giordano auf Grund seiner Forschungen berichtet<sup>12</sup>. Die Lokalpolitiker ebenso wie die lokalen Verwalter der EU Agrarfonds, die Pächter und die kleinen Landwirte klagen nicht nur über fehlende Informationen über die neuen Bedingungen und Spielregeln der EU, sondern vor allem darüber, dass "ohne Korruptionsbeziehungen in der Hauptstadt nichts läuft und nichts laufen wird." In Sofia gebe es "Firmen", in die Politiker und Beamte verwickelt seien, die für Bestechungsgelder von 10 bis 20% der Antragssumme die Anträge bei den verantwortlichen Stellen vortragen und durchbringen. Vorherrschend ist in der Region das Gefühl, ausgeliefert zu sein bei der Verteilung der EU-Mittel, und die Überzeugung, dass die Vorteile der EU in Sofia bleiben werden, wo nur durch Korruption etwas zu erreichen sei.

Angesichts dieser Situation sind die effektive transparente Steuerung der Vergabe der Mittel aus den Vor-Beitritts-Programmen und der künftigen EU-Mittel und die wirksame Kontrolle von deren Verwendung zu Schlüsselfragen der Beziehungen zur EU geworden. Ein Großteil des in Aussicht stehenden Geldes wird für Projekte zur Verfügung stehen, weshalb nicht nur die Qualität der Leistungen der bulgarischen Verwaltung, sondern auch die Einrichtung von Aufsichtsstellen von größter Bedeutung ist, bei denen die Bürger Korruptionsfälle anonym melden können. Es ist dies ein Punkt, auf den die EU-Kommission in ihrem Bericht vom 26.9.2006 (S. 18f.) mit Nachdruck verweist.

Die von der EU kritisierten Entwicklungen haben besonders auf der Ebene der kleinen und mittleren Unternehmer massive Folgen, eine Tatsache, die allein des-

---

<sup>11</sup> Vgl. [www.news.dir.bg](http://www.news.dir.bg), 15.09.2006

<sup>12</sup> In einer e-mail vom 7.10.2006

wegen von großer Relevanz ist, weil fast alle Unternehmen in diese Kategorie fallen. Welche konkreten Formen nimmt die Korruption und die Schwäche der Verwaltung an und welche Folgen hat dies für die Unternehmen? Die beiden folgenden in Sofia erhobenen Fälle müssen vor dem Hintergrund der oben dargestellten allgemeinen Situation als in hohem Maße typisch angesehen werden. Sie - schildern aktuelle Erfahrungen bulgarischer Unternehmer mit den ministeriell ausgeschriebenen Wettbewerben um Finanzierung durch die Vor-Beitritts-Programme der EU und legen dabei einige Mechanismen der Korruption offen.

Beispiel 1: Im April 2006 nahm ein kleines Bauunternehmen in Sofia mit 32 Mitarbeitern an einen vom Transportministerium ausgeschriebenen Wettbewerb um ein Projekt teil, das gemeinsam vom Ministerium und dem Vor-Beitritts-Programm ISPA finanziert wird. Das ausgeschriebene Projekt bezog sich auf die Verbesserung der Infrastruktur im Wintersportort Bansko, der sich in den letzten zehn Jahren zu einem der führenden Skizentren in Bulgarien entwickelt hat. Der Besitzer und Leiter der Baufirma bereitete rechtzeitig alle notwendigen Papiere vor und sicherte die Ausführung des Projekts zu. Mehrere Mitarbeiter waren mit Vorbereitungsarbeiten beschäftigt und das Projekt wurde zur Teilnahme am Wettbewerb zugelassen, an dem sich acht Unternehmen beteiligten. Eines der Unternehmen gewann dann den Wettbewerb, doch es war nicht die hier untersuchte Firma. Der Sieger war vielmehr ein Unternehmer mit ähnlichem Tätigkeitsfeld, dessen Leiter der Befragte seit seinen Studienjahren kannte. Kurz nach Wettbewerbsschluss erfuhr der befragte Unternehmer zufällig auf einem Geschäftstreffen von anderen Baufirmenleitern, dass sein Bekannter einen Experten als Projektberater engagiert hatte, dessen *Trauzeuge* ein Mitglied der Wettbewerbsjury war. Für EU-Projekte spielt aber gerade der Berater eine Schlüsselrolle: Er soll sehr kompetent sein, eine große und ständige Unterstützung bei der Ausarbeitung und Durchführung des Projekts bieten, weshalb ihm auch 10% der gesamten Projektsumme von einer Million Leva, also 100.000 Leva (= 50.000 Euro), zufallen. Unser Gesprächspartner hatte einen Experten als Berater gewählt, mit dem er schon mehrere Jahre gut zusammen gearbeitet hatte. Die Tatsache aber, dass der Sieger derjenigen war, der den "geeignetsten" Berater gewonnen hatte, hat bei ihm einen tiefen Eindruck hinterlassen und er erzählte sehr ausführlich davon. Zwar leugnete er nicht die guten Eigenschaften des Leiters der anderen Firma und bezweifelte nicht die Qualität des von ihm vorgelegten Projekts. Der eigentliche Grund für dessen Sieg im Wettbewerb war jedoch seiner Meinung nach die verwendete erfolgreich "Strategie", nämlich die "richtige" Wahl der Schlüsselfigur des Beraters.

Die Beamten in der Abteilung für Europäische Integration im Transportministerium, die den Wettbewerb ausgeschrieben hatten, erklärten im Gespräch, dass der Sieger das beste der acht Projekte vorgelegt habe. Eine Beamtin sagte: "Im Prinzip ist jedes Projekt bei uns willkommen. Wir bemühen uns auf jede Art und Weise, die Aktivität der interessierten Unternehmen anzuregen. Doch es gewinnt nur eines der vorgelegten Projekte die jeweilige Förderung, und das ist das beste. So geschah es auch in diesem Fall." Möglicherweise ist das sogar zutreffend, was auch nicht verwunderlich wäre angesichts der Tatsache, dass der Berater in di-



rekter persönlicher Verbindung zu einem Mitglied der Jury stand und dadurch stets bestens über alle Anforderungen informiert war und Ratschläge für die Ausarbeitung eines optimalen Angebots geben konnte. Durch die direkten und zuverlässigen Informationen seines Trauzeugen wird ihm selbst im Falle der Bewilligung eine sehr gut bezahlte Arbeit gesichert.

*Beispiel 2:* Eine Kleinfirma im Bereich Touristik-Dienstleistungen mit neun Mitarbeitern bewarb sich im Februar 2006 beim Landwirtschaftsministerium in Sofia um einen Vertrag über die Abwicklung aller dienstlichen Auslandsreisen der Beamten des Ministeriums. Die Mittel dafür werden vom Ministerium und vom PHARE-Programm zur Verfügung gestellt. Die Teilnahmebedingungen waren schwierig für Neulinge in der Branche, doch die 1992 gegründete Firma hatte umfangreiche Erfahrungen und entsprach allen Teilnahmebedingungen. Für die Vorbereitung der notwendigen Papiere und der Offerte verwendeten die Mitarbeiter viel Zeit, um alles qualitativ vorzubereiten. Die Unterlagen wurden beim Ministerium fristgerecht eingereicht, doch das Unternehmen wurde nicht zur Beteiligung am Wettbewerb zugelassen. Das Ministerium erklärte, es gebe einen "Mangel" in den Unterlagen. Diesem Mangel war aber bei der Annahme der Unterlagen von den Beamten keine Aufmerksamkeit geschenkt worden – im Gegenteil, sie wurden vom zuständigen Beamten ohne Beanstandungen offiziell angenommen. Doch als der Termin für die Abgabe der Unterlagen verstrichen war, wurde vom Ministerium erklärt, dass die Firma "wegen eines Versäumnisses" nicht zur Teilnahme zugelassen sei. Die Leiterin der Firma bezeichnete dies als "einen ungerechten Raub des Beteiligungsrechts". Der Wettbewerb, zu dem drei Firmen zugelassen wurden, wurde von einem Unternehmen gewonnen, das der seit langem in der Branche arbeitenden Unternehmerin völlig unbekannt war. Bald stellte sich jedoch heraus, dass die Besitzerin dieser Firma die Ehefrau von einem der Stellvertreter des Landwirtschaftsministers ist. Die Enttäuschung im untersuchten Unternehmen war sehr groß, besonders weil seine Offerte gar nicht zum Wettbewerb zugelassen wurde. Die Meinung der Mitarbeiter ist, dass die Voraussetzungen für diese Begünstigung einer Firma, die der Leitungsebene des Ministeriums nahe steht, durch völlig willkürliche bürokratische Hürden geschaffen wurden.

Etwa zwei Monate später schrieb die Regionalabteilung des Landwirtschaftsministeriums in der Stadt Pazardžik denselben Wettbewerb für diese Region aus. Das Unternehmen wollte wieder teilnehmen, da dieselben Unterlagen benötigt wurden. Dieses Mal wurde das vom Ministerium in Sofia bemerkte "Versäumnis" ergänzt und die Unternehmerin war überzeugt, dass dieses Mal nicht sie bzw. die Firma, sondern die Beamten im Ministerium "überlistet" würden. Doch das Unternehmen wurde wieder nicht zum Wettbewerb zugelassen, wobei diesmal als Erklärung angeführt wurde, dass in den Papieren "eine ganz überflüssige Präzisierung" vorhanden sei, genau jene, die vom Ministerium in Sofia als "Versäumnis" moniert worden war. Dieses Paradox wurde von der Unternehmerin voller Bitterkeit kommentiert. Sie meinte, dass die Bürokratie ganz bewusst schwer zu überwindende Hürden schaffe, um die Zahl der Bewerber schon auf einer frühen Stufe gering zu halten.



Die beiden dargestellten Beispiele verweisen sehr anschaulich auf eine "Strategie" für das Gewinnen von Wettbewerben am Ministerium, die sich sehr oft als erfolgreich erweist: In beiden Fällen wurden von den siegreichen Firmen jene Möglichkeiten ausgenutzt, die das Verwandtschaftsnetzwerk bietet. Es sind dies enge Verflechtungen, die auf gegenseitigem Vertrauen und Loyalität, auf gegenseitiger Hilfe und Unterstützung zwischen Verwandten und guten Freunden basieren und in Bulgarien – wie in den anderen südosteuropäischen Gesellschaften – zu den unhinterfragten "Normalitäten" gehören<sup>13</sup>.

Die Verwandtschaftsbeziehungen sind dabei, wie das erste Beispiel zeigt, sogar noch weiter gefasst als in Mittel- und Westeuropa. In ganz Südosteuropa konstituiert die Trauzeugen- und Taufpatenschaft (*kumstvo*) eine rituelle oder "künstliche Verwandtschaft" der Familien, die der Blutsverwandtschaft und der Heiratsverwandtschaft nahezu gleichwertig ist. Diese Verwandtschaftsbeziehungen basieren zumeist auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung, was sich im ersten Beispiel in Loyalität und Hilfe im beruflichen Umfeld ausdrückte: Der erfolgreiche Abschluss des Projekts nach drei Jahren wird sicher – als Gegenleistung – zur Stärkung des beruflichen Ansehens des Mitglieds der Jury beitragen. Über die Gegenleistungen im zweiten Beispiel können nur Vermutungen angestellt werden.

Das System des sozialen Tausches von Leistungen und Gegenleistungen in engen Netzwerken von Verwandtschaft und Freundschaft auf der Basis personalen Vertrauens war in Südosteuropa (wie auch in anderen Teilen Europas) über Jahrhunderte hinweg notwendig und funktional. Es verschaffte dem Einzelnen und der Kleingruppe in Zeiten, in denen der Staat als fremd und feindlich wahrgenommen wurde, ein hohes Maß an sozialer Einbindung und Sicherheit. Die hier dargestellten Fälle spielen sich aber nicht in der osmanischen oder sozialistischen Vergangenheit und auch nicht im Raum privater Familienbeziehungen in Opposition zum Staat ab. Sie betreffen vielmehr unmittelbar den staatlichen Raum und involvieren höhere Ministerialbeamte, die Verwaltungselite also, die die Aufgabe hat – und in Zukunft noch verstärkt haben wird –, Transferleistungen der EU nach transparenten Kriterien gerecht zur Förderung der Wirtschaft und der Infrastruktur des Landes einzusetzen. Die staatlichen Institutionen werden hier, so zeigen die Beispiele, gleichsam zu Extensionen und Werkzeugen der Familieninteressen umfunktioniert, der Staat wird "familiarisiert". Zu vermuten ist, dass ein Teil der nicht zum Zuge gekommenen Unternehmer nun ihrerseits nach Wegen suchen wird, Berater mit guten persönlichen Beziehungen zu Jurymitgliedern für sich zu gewinnen und funktional einzusetzen. Die in der Zeitung *Banker* dargestellten Proteste der Unternehmer verweisen jedoch in eine neue Richtung, die den im Kommissionsbericht formulierten Forderungen der EU nach Transparenz der Verwaltung voll entspricht. Wichtig ist für sie und die EU auch die Bestrafung korrupter Beamter, die, so der Kommissionsbericht, bisher die

---

<sup>13</sup> S. Fußnote 2.

Ausnahme ist; zahllose Fälle werden, so heißt es dort (S. 16f.), von Staatsanwälten und Richtern "ohne stichhaltige Begründung zu den Akten gelegt."<sup>14</sup>

Die Beispiele wie auch die Kritik der EU-Kommission zeigen allerdings, dass die Verwaltungselite zu einem solchen uneigennützigem, am Gemeinwohl orientierten Handeln noch nicht in der Lage zu sein scheint. Sie versucht, für sich und ihre Verwandten aus den Transferleistungen so viel wie möglich "mitzunehmen", und fühlt sich offenkundig den sozialen Beziehungen ihrer Verwandtschafts- und Freundschaftsnetzwerke stärker verpflichtet als den Interessen ihrer Gesellschaft. Es ist genau diese 'Mitnahme-Mentalität' und das Beharren bei traditionellen Verhaltensweisen, das die EU bereits 25 Jahre lang beim griechischen EU-Partner monieren musste<sup>15</sup>. Abhilfe schaffen können wohl nur eindeutige rechtliche (und auch überprüfte) Vorgaben, die z.B. alle an Maßnahmen Beteiligten dazu zwingen, ihre persönlichen Verbindungen zu allen beteiligten Parteien offen zu legen.

Es besteht für Bulgarien und Rumänien die Gefahr, dass sie – wie Griechenland – versuchen, "Europäer sein ohne wirklich Europäer zu werden", also die Vergünstigungen der EU-Mitgliedschaft wahrzunehmen, ohne aber nach den Regeln, Werten und Normen der EU zu handeln. Die EU hat, um dies zu verhindern, nicht nur die Regeln der Vergabe von EU-Mitteln und der Überprüfung ihrer korrekten Verwendung verschärft, sondern (erstmalig in ihrer Geschichte) für beide neuen Mitgliedsländer Sonderklauseln eingeführt. Der Missbrauch von EU-Mitteln ist selbstverständlich ein generelles Problem der EU, doch nirgendwo in Europa sind, außer in Süditalien, die aus den historischen Bedingungen gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen und Handlungsweisen der Menschen so förderlich für die missbräuchliche Nutzung sozialer Bindungen wie in jenen Ländern, in denen dem Staat und seinen Institutionen über Jahrhunderte aufs Tiefste misstraut wurde. Das bisherige Handeln der Beamten hat gewiss nicht dazu beigetragen, dieses Misstrauen abzubauen.

---

<sup>14</sup> S. auch den Bericht in der Tageszeitung *Monitor* vom 6.9.2006 über eine Staatsanwältin in Lom, die allein 1422 Fälle verzögert und "vergessen" hat; der Bericht zitiert etliche weitere Fälle.

<sup>15</sup> S. dazu die in der ersten Fußnote angeführte Literatur, vor allem Lauth-Bacas 2004